

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 24. September 2018

Cybersicherheit

Die voranschreitende Vernetzung bringt gewaltige Chancen für die Welt von morgen mit sich. Jedoch fürchten viele Menschen die Risiken, die sich durch unsichere Software und Geräte ergeben. Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sich ohne Angst online bewegen können, denn nur wer Vertrauen in eine Technologie hat, kann ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Eine Verbesserung der Cybersecurity ist für uns Freie Demokraten ein zentraler Bestandteil der Digitalisierung.

Kein staatlicher Handel mit Sicherheitslücken

Hersteller können Sicherheitslücken in Software und Geräten nur dann zügig beheben, wenn sie von diesen Kenntnis haben. Der Staat darf sich daher nicht am Grau- oder Schwarzmarkthandel mit Erkenntnissen über Sicherheitslücken („Zero Day Exploits“) beteiligen, um diese selbst zu Cyberangriffen nutzen zu können, sondern muss sich dafür einsetzen, dass die Hersteller möglichst schnell von Sicherheitslücken Kenntnis erlangen. Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, zu erklären, in welchem Umfang das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Bundesnachrichtendienst (BND) oder andere Behörden „Zero Day Exploits“ kaufen, und diese Praxis gegebenenfalls umgehend zu beenden.

Verbraucherschutz – „Security by Default“ und „Security by Design“

Wir Freie Demokraten fordern einen besseren Verbraucherschutz im Bereich der Cybersecurity. Hersteller sollen Software und Geräte so konzipieren, dass sie sich im Auslieferungszustand möglichst sicher verhalten („Security by Default“). Neben einer Update-Funktion gehört dazu vor allem, dass sicherheitsrelevante Funktionalitäten wie zum Beispiel Fernwartungszugänge standardmäßig ausgeschaltet sind und vom Verbraucher erst aktiviert werden müssen, wenn diese genutzt werden sollen. So wird verhindert, dass solche Funktionen ein Risiko darstellen, ohne dass dem Verbraucher dies auch nur bewusst ist.

Damit Verbraucherinnen und Verbraucher informierte Entscheidungen treffen können, müssen Hersteller verpflichtet werden, ihren Kunden vor der Kaufentscheidung Auskunft darüber zu geben, wie lange sie die Software oder das Gerät mit Sicherheits-Updates versorgen werden. Dies kann etwa durch Aufdruck auf der Verpackung oder bei digitalen Gütern durch Anzeigen vor dem Download erfolgen. Um Verbraucherinnen und Verbrauchern einen Vergleich verschiedener Produkte zu ermöglichen, soll die Information mit einer vereinheitlichten Darstellung erfolgen. Hacker kennen keine Grenzen – deshalb setzen wir Freie Demokraten uns für eine engere europäische Zusammenarbeit und die Stärkung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) ein.

Software und Geräte lassen sich am besten dadurch sicher gestalten, dass Cybersecurity bei ihrer Konzipierung und Herstellung von Anfang an berücksichtigt wird („Security by Design“). Wir Freie Demokraten fordern, dass Hersteller, die fahrlässig unsicher konzipierte Produkte in den Markt bringen, auf dem Wege der Produkthaftung für von ihren Produkten verursachte Schäden aufkommen müssen. Dies muss auch dann gelten, wenn der Geschädigte nicht der Benutzer des unsicheren Produktes, sondern ein unbeteiligter Dritter ist (zum Beispiel bei der Verbreitung von Schadsoftware).

Cybersecurity-Forschung – „Hackertool-Paragraph“

Sicherheitsforscherinnen und -forscher sind darauf angewiesen, sich von Kriminellen genutzte Schadsoftware zu beschaffen und diese zu analysieren, denn nur wer die Waffen des Gegners kennt, kann geeignete Schutzmechanismen dagegen entwickeln. Der vage formulierte „Hackertool-Paragraph“ § 202c StGB, der nicht die Begehung der Straftat, sondern das Hackertool als solches unter Strafe stellt, wird daher zu Recht von Sicherheitsexpertinnen und -experten kritisiert und stellt nicht nur einen Standortnachteil für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Unternehmen dar, sondern trägt damit sogar zur einer Verschlechterung der Sicherheit bei. Wir Freie Demokraten fordern daher, eine Regelung zu schaffen, die den Einsatz von Hackertools für legale Zwecke von der Strafbarkeit ausnimmt.

Bildung

Wir Freie Demokraten wollen alle Menschen in die Lage zu einem sicherheitsbewussten Umgang mit digitalen Technologien versetzen. Denn nur wer Risiken sachlich und korrekt einschätzen kann, kann sein Verhalten daran ausrichten, diese zu minimieren. Cybersecurity muss bereits in der Schule als Bestandteil der Medienkompetenz vermittelt werden. Lehrerinnen und Lehrer wollen wir auf diesem Gebiet aus- und weiterbilden.